

Pulsnitzer Wochenblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ergeht: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger legend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdrückungsrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich M 1 520 000 bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich M 1 500 000; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen: Die sechsmal gespaltene Beitzseite (Moffe's Zeitungs-
messer 14) M 70.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 60.—.
Amtliche Zeile M 210.— und M 180.—; Reklame M 150.— bei sofortiger
Zahlung. Tabellarischer Satz 25 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser
Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt
der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. —
Beilagegebühr M 150.— pro Tausend. — Schlüsselzahl zurzeit 12 000.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Seitblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina
Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Weimarsplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. F. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 112.

Donnerstag, den 20. September 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 427 des Handelsregisters, die Firma **Frenzel, Söcker & Co.,** Gesell-
schaft mit beschränkter Haftung in Pulsnitz betreffend, ist heute eingetragen worden:
Der Geschäftsführer **Fabrikbesitzer Karl Wilhelm Schmidt** in Rabenau ist aus-
geschieden.
Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 31. August 1923
laut gerichtlicher Niederschrift von diesem Tage abgeändert worden.
Amtsgericht Pulsnitz, am 10. September 1923.

Inserate für alle Zeitungen

vermittelt vollständig kostenlos

Verlag des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

Das Wichtigste.

Reichswirtschaftsminister Gehler hat eine Dienstreise nach Bayern an-
getreten.
Eine Verordnung der zuständigen Ministerien setzt mit Wirkung
vom 27. September alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft.
Der belgische Ministerpräsident Theunis hatte vorgestern in Paris
eine Unterredung mit Poincaré.
Die National-Citybank in New York hat beschloffen, in Zukunft kein
deutsches Papiergeld mehr anzunehmen.
Dem sächsischen Landtag ist ein Entwurf über Errichtung von Ar-
beitsämtern zugegangen.
In Spanien ist ein Direktorium von acht Generalen unter Primo
de Rivera gebildet und das Parlament aufgelöst worden.
Das Observatorium von Rivanna verzeichnete gestern ein heftiges
Erdbeben in einer Entfernung von 6500 Kilometern.
In Japan sind neuerdings starke Erdstöße verspürt worden.
Erdbebenige Zitterbewegungen sollen die Einfuhr von Luxusgegenständen
einbäumen.
Nach einem am 1. Oktober in Kraft tretenden neuen Posttarif soll
der Fernbrief 1 Million Mark kosten.
Für das kommende Wirtschaftsjahr ist mit der Wiedereinführung
der freien Landwirtschaft zu rechnen.
Die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt hat sich weiter erheblich
verschlechtert.
Infolge der Berechnung der Kohlen nach Goldmark wird ein Zent-
ner Brekett etwa 40 Millionen Papiermark kosten.
Som Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt, daß die Arbeiter für
die Schaffung eines werteständigen Geldes soweit gefördert sind,
daß der Entwurf vorliegt.
Spanien beabsichtigt in Marokko nunmehr zur Offensive überzugehen.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

(Rotscheds der Oberpostklasse) Die
Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Die
von der Oberpostklasse in Dresden abgegebenen, auf
das Postschekamt in Dresden-N. gezogenen Rotscheds
über 1, 2 und 5 Millionen Mark werden zur Ein-
lösung aufgerufen. Sie können noch bis zum 15. Ok-
tober 1923 bei allen Poststellen des Bezirks bar ein-
gelöst oder zu Einzahlungen verwendet werden.
(Der Urechnungslatz für die Land-
abgabe) Ist vom Herrn Reichsminister der Finanzen
für die Zeit vom 19. September bis 21. September
einschließlich auf 21 800 000 festgesetzt worden.
(Die alten Tausendmarkscheine) er-
freuen sich lebhafter Nachfrage. Es gibt viele Leute,
die die braunen Scheine suchen und dafür Millionen
zahlen. Sie gehen Bekannte an, sprechen in Aemtern
vor und versichern, wenn man ihnen erklärt, daß ein
alter Tausender nicht mehr wert ist, als 1000 neue
Papiermark, das sei ein Irrtum, diese Scheine hätten
jetzt Millionenwert und würden bei einer Neuord-
nung unseres Geldwesens ihren Nennwert behalten.
Auf Anfrage erhalten die „Männch. Neulite Nachr.“
von der Reichsbankhauptstelle folgende Auskunft: Ein
Tausendmarkschein der Vorkriegszeit hat auf keinen
Fall einen höheren Wert als ein später ausgegebener
Geldschein, sodas eine Mehrbewertung vollständig un-
berechtigt ist. Die Zahlung eines Agios ist für alle
Arten von Geldzeichen verboten und wird strafrecht-
lich verfolgt.
(Was jeder Deutsche wissen sollte)
Von einem Leser der „Werdauer Zeitung“ wird der
nachstehende Brief aus Montclair in New Jersey
(Nordamerika) freundlichst zum Abdruck zur Verfüg-
ung gestellt. Sein Inhalt interessiert um deswillen
ganz besonders, weil aus ihm mit aller Deutlichkeit
hervorgeht, daß wir von den Amerikanern keine Hilfe
zu erwarten haben, sondern daß es lauter Deutsche
sind, die jenseits des Ozeans nach bestem Können der
alten Heimat helfen. In dem Briefe heißt es: „Was
mich immer hier noch hält, ist die Tatsache, daß ich
von hier aus weit mehr für unser Vaterland tun

kann als drüben. Ich arbeite viel für den Deutschen
Verein. Nun habe ich noch einen kleinen Nebabend
eingerrichtet. Da werden Kleider und Unterwäsche
für deutsche Kinder gemacht. Amerika könnte mit
Leichtigkeit Deutschland auf die Beine bringen, wenn
nur die amerikanischen Amerikaner, die 100prozentig-
en, mithelfen wollten. Aber die geben ja kei-
nen Cent. Alle Hilfe kommt nur von den Deut-
schen und das ist natürlich nicht genügend, denn
viele von den Eingewanderten sind Amerikaner ge-
worden! — Das ist das bedauerlichste! Meistens
sind es „kleine Leute“, die geben, darum ist es dop-
pelt zu bedauern, daß Herr Ebert sich immer beim
„amerikanischen Volke für die hilfsbereite, menschen-
freundliche Gesinnung“ bedankt. Es ist eigentlich
unbegreiflich und macht viel böses Blut hier unter
den Deutschen. Oder soll man bei dem Verhalten
des Herrn Ebert wieder die abscheuliche Bäckings-
Politik Washington gegenüber vermuten? — Nun
hat sich auch wieder das alte Central-Komitee zu
neuen Taten aufgerafft, das seiner Zeit die 3 Mil-
lionen Dollars aufbrachte zur Kinderspeisung. Paul
Rohrbach hielt neulich im Hotel Astor in New York
eine Rede über die deutsche Not. Da wurden an
Ort und Stelle 20 000 Dollars gezeichnet, ein Grund-
betrag, aus dem die Kosten des neuen Sammel-
werkes gedeckt werden sollen. Ich schreibe Euch dies
alles nur, damit Ihr überzeugt seid, daß die Deut-
schen hier nicht müßig sitzen, sondern ihr möglich-
stes tun, der Heimat zu helfen. Aber wissen müs-
sen die Deutschen in der Heimat, daß es
hier nur Deutsche sind, keine Amerika-
ner, die helfen. Und daß sie sich drüben doch
immer und immer wieder der Hoffnung hingeben:
Amerika wird schon helfen. Nein, Amerika denkt
nicht daran. Unsere einzige Hoffnung ist jetzt,
daß die Bevölkerung am Rhein nicht aufhört, den
Franzosen den nötigen Widerstand entgegenzusetzen,
bis der Feind von selbst abläßt und unser Land
wieder verläßt. Aber dann wollen wir mit doppelter
Kraft schaffen und bauen an der Neugestaltung un-
seres Volkes und unseres Reiches. Alte Sitten neu
zu beleben, das ist Frauenarbeit. Und unsere Kinder
wollen wir als freie Menschen wissen! Wir wollen
alle helfen! Ihr drüben und wir hier, alle nach
besten Kräften, dessen seid gewiß.“

Großröhrsdorf. (Gefälschte Schecks) Wie
die Gemeindebehörde bekannt gibt, befinden sich unter
den von der Gemeinde- und Steuerkasse herausgege-
benen Rotscheds über 50, 100, 200, 300, 500 und
600 Tausend Mark gefälschte Schecks im Umlauf. Die-
selben werden als öffentliche Zahlungsmittel außer
Kraft gesetzt und bis zum 30. September bei der
Gemeindekasse eingelöst. — Auch unter den von der
Firma C. G. Großmann ausgegebenen, auf die Röder-
talbank gezogenen Rotscheds sind Fälschungen vor-
gekommen. Die Fälschung ist derart vorgenommen
worden, daß augenscheinlich durch eine Säure die
ursprüngliche Summenzahl ausgelöscht und durch eine
neue höhere Zahl ersetzt worden ist. Die Fälschung
ist leicht erkennbar durch die gelbliche Färbung der
Scheibformulare an den Stellen, wo der Wert in
Zahlen und Buchstaben vermerkt ist. Vorwärts bei
Annahme von Schecks ist sonach am Plage.

Ramenz. (Zu einer bedeutungsvollen
Tagung) gestaltete sich die außerordentliche General-
versammlung der Ramenzer Brauerei-Aktiengesellschaft.
Punkt 1 der Tagesordnung: Beschlußfassung über
den Antrag Rentsch auf Eingehung einer Interessen-

gemeinschaft mit der Brauerei zum Felsenkeller bei
Dresden und Festlegung der näheren Bedingungen
dieser Gemeinschaft, entfiel eine mehrstündige leb-
hafte Aussprache. Zahlreiche Redner für und gegen
diese Verschmelzung nahmen das Wort und vertraten
den jeweiligen Standpunkt. Die Abstimmung ergab
Ablehnung des Antrages Rentsch mit 2349 gegen
2030 Stimmen. Durch dieses Ergebnis machte sich
die Beratung über die Erhöhung des Grundkapitals
nötig. Einstimmig wurde beschloffen, das Grund-
kapital der Gesellschaft von 6 Millionen Mark um
weitere 6 Millionen Mark auf 12 Millionen Mark
zu erhöhen durch Ausgabe von 6000 Stück Stamm-
aktien über nominal je 1000 Mark, die auf den In-
haber lauten.

Bischofswerda. (Ausfall des Herbst-
jahrmarktes.) Mit Rücksicht auf die enorm ge-
stiegenen Kosten für den Aufbau von Buden, die sich
pro Bude auf 50—80 Millionen belaufen und die
sehr geringen Anmeldungen der Pizanten ist beschloffen
worden, den diesjährigen Herbstmarkt vom 23.
bis 25. September ausfallen zu lassen.

Baugen. (Jahresfest des Sächsischen
Hauptmissionsvereins.) Am Sonntag fand
hier das 104. Jahresfest des Sächsischen Hauptmis-
sionsvereins statt. Die Festpredigt im Petridom hielt
Landesbischof Dr. Ihmels. Die Kollekten bei den
einzelnen Veranstaltungen ergaben 225 Millionen
Mark für die Zwecke der Mission.

Ebersbach. (Schmuggelgut von Mil-
liardenwert) Ein Zollbeamter hatte Kenntnis
davon erlangt, daß von einem hiesigen Einwohner
elektrische Bügeleisen und ein Elektromotor nach der
Tschecho-Slowakei veräußert worden seien und heimlich
über die Grenze gebracht werden sollten. Eine Haus-
suchung bei dem Verdächtigen förderte die Schmuggel-
ware im Werte von einigen Milliarden zutage.

Dresden. (Die „Demokratisierung“
der Verwaltung.) Der Reichstagsabgeordnete
Richard Schmidt in Meißen ist durch Beschluß des
Gesamtministeriums vom 14. September zum Amts-
hauptmann und Vorstand der Amtshauptmannschaft
Meißen ernannt worden.

Dresden. (Dresden in der Welt voran
— mit den Straßenbahnfahrpreisen.) Die
Direktion der Städtischen Straßenbahn macht bekannt,
daß sich die Fahrpreise der Straßenbahn von Mitt-
woch, den 19. September ab auf das Vierfache der
bisherigen Beträge, also auf 2 Millionen Mark für
eine einfache Fahrt erhöhen.

Dresden. (Zur Landung eines säch-
sischen Flugzeuges auf sächsischem Ge-
biete) Dem Teunion-Sachsendienst wird aus Prag
gemeldet: Zu der Notlandung eines tschechischen Flug-
zeuges auf sächsischem Gebiete bei Werdau wird an
Prager amtlicher Stelle erklärt, daß es sich um einen
Uebungsflug handelt und daß die Landung durch
Propellerbruch erzwungen wurde. Im Flugzeug be-
fand sich der Flugzeugführer selbst, es ist also un-
möglich, daß zwei Personen geflüchtet sind.

Dresden. (Eine neue Rede Dr. Zeig-
ners) In Dresden nahm am Sonntag die Ver-
handlung der internationalen Vereinigung der Schuh-
und Lederindustriearbeiter ihren Anfang. Minister-
präsident Dr. Zeigner begrüßte die Tagung namens
der sächsischen Regierung und mahnte zur Einigkeit.
„In Sachsen“, sagte er u. a., „haben wir eine rein
sozialistische Regierung. Als ich in die Regierung
eintrat, hat es auch noch Reibungen zwischen beiden